

Stand: 28.06.2026 20:56:30

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/20433

"Änderungsantrag zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum
Finanzausgleichsänderungsgesetz 2018 (Drs. 17/18699) - hier: Kompensation der Abschaffung
der Straßenausbaubeiträge durch Neufassung des Art. 13h FAG"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/20433 vom 17.01.2018
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/20823 des HA vom 22.02.2018
3. Beschluss des Plenums 17/20956 vom 27.02.2018
4. Plenarprotokoll Nr. 125 vom 27.02.2018



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Finanzausgleichsänderungsgesetz 2018

(Drs. 17/18699)

hier: Kompensation der Abschaffung der Straßenausbaubeiträge durch Neufassung des Art. 13h FAG

Der Landtag wolle beschließen:

§ 1 Nr. 26 wird wie folgt gefasst:

„26. Art. 13h wird wie folgt gefasst:

„Art. 13h

Verbesserung oder Erneuerung
von Ortsstraßen und beschränkt-öffentlichen Wegen

Vom Kommunalanteil können jährlich 150 000 000 € für die Verbesserung oder Erneuerung von Ortsstraßen und beschränkt-öffentlichen Wegen verwendet werden.““

Begründung:

Die Vorschrift dient der Kompensation der Beitragsausfälle durch Abschaffung der Straßenausbaubeiträge bei den Kommunen und ermöglicht damit die Förderung von kommunalen Maßnahmen zur Verbesserung und Erneuerung von Ortsstraßen und beschränkt-öffentlichen Wegen. Die Finanzierung erfolgt über die Erhöhung des Kommunalanteils am Kraftfahrzeugsteuerersatzverbund von 52,5 Prozent auf 75 Prozent.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und
Finanzfragen

1. Gesetzentwurf der Staatsregierung

Drs. 17/18699

zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes
und der Bayerischen Durchführungsverord-
nung Finanzausgleichsgesetz (Finanzaus-
gleichsänderungsgesetz 2018)

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Kathari- na Schulze, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drs. 17/20429

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum
Finanzausgleichsänderungsgesetz 2018
(Drs. 17/18699)

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Hu- bert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Drs. 17/20430

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum
Finanzausgleichsänderungsgesetz 2018
(Drs. 17/18699)
hier: Änderung des Art. 1 Abs. 1 FAG

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Hu- bert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Drs. 17/20431

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum
Finanzausgleichsänderungsgesetz 2018
(Drs. 17/18699)
hier: Änderung des Art. 13 FAG

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Hu- bert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Drs. 17/20432

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum
Finanzausgleichsänderungsgesetz 2018
(Drs. 17/18699)
hier: Änderung des Art. 13d FAG

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Hu- bert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Drs. 17/20433

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum
Finanzausgleichsänderungsgesetz 2018
(Drs. 17/18699)
hier: Kompensation der Abschaffung der Stra-
ßenausbaubeiträge durch Neufassung des Art.
13h FAG

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichterstatter zu 1:	Martin Bachhuber
Berichterstatter zu 2:	Ludwig Hartmann
Berichterstatter zu 3-6:	Bernhard Pohl
Mitberichterstatter zu 1:	Günther Knoblauch
Mitberichterstatter zu 2-6:	Martin Bachhuber

II. Bericht:

1. Der Gesetzentwurf wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport und der Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen haben den Gesetzentwurf mitberaten. Der Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen hat den Gesetzentwurf endberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Gesetzentwurf und die Änderungsanträge Drs. 17/20429, Drs. 17/20430, Drs. 17/20431, Drs. 17/20432 und Drs. 17/20433 in seiner 183. Sitzung am 8. Februar 2018 beraten.

Hinsichtlich des Gesetzentwurfes hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung
SPD: Ablehnung

FREIE WÄHLER: Enthaltung
B90/GRÜ: Ablehnung
Zustimmung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 17/20432 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung

FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Enthaltung
Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 17/20429 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung

FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich der Änderungsanträge Drs. 17/20431 und 17/20433 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
SPD: 1 Zustimmung,
4 Enthaltung

FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Ablehnung
Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 17/20430 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung

FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Ablehnung
Ablehnung empfohlen.

3. Der Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport hat den Gesetzentwurf und die Änderungsanträge Drs. 17/20429, Drs. 17/20430, Drs. 17/20431, Drs. 17/20432 und Drs. 17/20433 in seiner 86. Sitzung am 21. Februar 2018 mitberaten.

Hinsichtlich des Gesetzentwurfes hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung
SPD: Ablehnung

FREIE WÄHLER: Enthaltung
B90/GRÜ: Ablehnung
Zustimmung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 17/20432 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung

FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Enthaltung
Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 17/20429 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung

FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich der Änderungsanträge Drs. 17/20431 und 17/20433 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
SPD: Enthaltung

FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Ablehnung
Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 17/20430 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung

FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Ablehnung
Ablehnung empfohlen.

4. Der Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen hat den Gesetzentwurf und die Änderungsanträge Drs. 17/20429, Drs. 17/20430, Drs. 17/20431, Drs. 17/20432 und Drs. 17/20433 in seiner 83. Sitzung am 22. Februar 2018 endberaten.

Hinsichtlich des Gesetzentwurfes hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung
SPD: Ablehnung

FREIE WÄHLER: Enthaltung
B90/GRÜ: Ablehnung
Zustimmung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs.
17/20432 hat der Ausschuss mit folgendem
Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Enthaltung
Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs.
17/20429 hat der Ausschuss mit folgendem
Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich der Änderungsanträge Drs.
17/20431 und 17/20433 hat der Ausschuss
mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung
SPD: Enthaltung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Ablehnung
Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs.
17/20430 hat der Ausschuss mit folgendem
Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Ablehnung
Ablehnung empfohlen.

Reinhold Bocklet
In Vertretung



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Änderungsantrag der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Prof. Dr. Michael Piazolo, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. **17/20433, 17/20823**

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Finanzausgleichsänderungsgesetz 2018

(Drs. 17/18699)

hier: Kompensation der Abschaffung der Straßenausbaubeiträge durch Neufassung des Art. 13h FAG

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Plenarprotokoll Nr. 125 vom 27.02.2018

Da dieses Dokument größer als 1 MB ist, wird es aus technischen Gründen nicht in die Vorgangsmappe eingefügt.

Download dieses Dokuments [hier](#)